

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verantwortlicher: Amt Dresden Nr. 31307
Tel.-Adresse: Elbgaupresse Blasewitz

Tageszeitung — Lokal-Anzeiger
für das östliche Dresden und seine Vororte.

Bank-Konto: Kgl. Deutsche Kreditbank, Blasewitz
Post-Konto: Nr. 517 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen

des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk), der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaften Dresden-N. und Dresden-U.

Druck u. Verlag: Elbgaupressen- und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Blasewitz, Tollenwitzer Str. 4. / Verantwortl. f. d. Schriftleitung: Prof. Otto Fr. Zimmermann, Dresden; f. d. Anzeigen-Teil: Paul Probst, Dresden

Erscheint jeden Wochentag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag.
Bezugspreis: monatlich 8.— Mark, vierteljährlich 24.— Mark
durch die Post oder Boten frei ins Haus; bei Abholung in der
Geschäftsstelle monatlich 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mark

Dresden-Blasewitz
Sonntag, den 11. Februar 1922.

Anzeigen-Preis: die 6 gefüllte Grundzeile oder deren Raum
2.— Mark, im Textteile die Zeile 5.— Mark, für Tabellen- und
sonstigen Sach 50% Zuschlag.
Anzeigen-Annahme für die nächste Nummer bis vorm. 10 Uhr.

Reichskanzler Dr. Wirth gegen den Beamtenstreik.

In der gestrigen Reichstags-Sitzung gab Reichskanzler Dr. Wirth zu dem Eisenbahnerstreik folgende Regierungserklärung ab: Die Werbetätigkeit des Gedanken, mit dem wir die Reparationsfrage aus den Fesseln der Gewaltpolitik lösen wollen, hängt ab von dem Grade des Vertrauens, das Deutschland und seine parlamentarische Regierung dem Auslande einzubringen imstande ist. Es ist klar, daß ein Staat, der andere zu wirtschaftlichen Gesichtspunkten befehlen will, nur dann Glauben findet und Glauben finden kann, wenn er selbst die Lehren in seinem Hause anwendet, die er propagiert. Die Arbeitsverweigerung eines Teiles der Eisenbahnbeamten, die man gewöhnlich Streik nennt, den ich aber nicht zögere, als eine scharfe Revolt in der Beamtenenschaft zu bezeichnen, ist eine der betrüblichsten Ereignisse in den letzten Jahren, deren Folgen nicht abzusehen sind. Diese Beamten mußten genau wissen, daß sie damit die deutsche Außenpolitik in die größte Gefahr bringen konnten. Der Kanzler gibt dann eine kurze Schilderung der Vorgeschichte und der Entwicklung des Streiks, wobei er mehrfach durch Juristen der Kommunitäten (ein Hundsfott, der kreißelt) unterbrochen wird. Da dieser Heberblick nichts Neues bringt, eripieren wir uns, ausführlich darüber zu berichten. Die Folgen dieses ersten Beamtenstreiks (Karm lints, Zwischenruf: skapp-Putsch) lassen sich noch nicht übersehen. Die Reichsregierung hat sich auch ins Unrecht gesetzt gegenüber dem gesamten deutschen Volke. Die Kernfrage der ganzen Angelegenheit ist die, wie sich die Reichsregierung grundsätzlich zu diesem Streik gestellt hat. Es ist nicht die wirtschaftliche, nicht die Arbeitsfrage, sondern die prinzipielle Frage des Streikrechts der Beamten. (Sehr richtig!) Alle Staatsregierungen sind sich hierin einig: Für öffentlich rechtlich angestellte Beamte gibt es kein Streikrecht. (Hört, hört, links; sehr richtig rechts.) Keine Regierung kann zu einem anderen Standpunkt kommen, denn die Beamten sind ein Teil der Regierung und der Verwaltung. (Rechts rechts.) Aber in diesem öffentlich rechtlichen Dienstverhältnis die Arbeit einseitig niederlegt, hat den Anspruch auf alle Berechtigungen verloren. (Sehr richtig.) Gemäß der deutschen Reichsverfassung besteht das Recht der Vereins- und Versammlungsfreiheit. Daraus kann weder noch dem Sinne noch nach dem Geist der Verfassung der Wehrnahme abgeleitet werden, daß öffentlich rechtliche Beamte die Wahrnehmung ihrer Pflichten vernachlässigen dürfen. In der Regel sind die Beamten lebenslanglich angestellt. So trifft es bei den Eisenbahnbeamten zu. Das Gehalt wird periodisch im Voraus gezahlt. (Zwischenruf links: Was niemals ausreicht!) Die Hinterbliebenen sind gegen Eingriffe seitens der Verwaltung in die durch die Dienstzeit des Beamten erworbenen Rechte ebenfalls geschützt. Alle diese Rechte sind durch die Verfassung geschützt, aber sie sind mit einem Streikrecht unvereinbar. Wenn ein Beamter einseitig seine Dienstpflicht aufgibt, so ist das Reich andererseits berechtigt, ohne weiteres zur Kündigung zu schreiten. (Zwischenruf links: Sklaven wollen Sie!) In dieser prinzipiellen Frage haben alle bisherigen Regierungen diesen Standpunkt eingenommen und werden ihn immer einnehmen müssen, wenn sie eine geordnete Staatsverwaltung aufrecht erhalten wollen. In Sowjetrußland herrscht kein anderer Grundsatz. (Rechts links.) Auch (nach links) Ihr sächsischer Ministerpräsident ist ein Vertreter dieses Grundsatzes. (Hellerkeit.) Der Streik, der die Regierung und die Öffentlichkeit eine Woche lang in Atem gehalten, Handel und Verkehr aus schwerster Gefahr hat, ist zu Ende. Wir sind des Streiks Herr geworden, gestützt auf die unzweideutige Erklärung aller Schichten des Volkes, auch der Gewerkschaften, daß sie mit ihm nicht einverstanden sind. Allen denjenigen, auf die wir uns in der Wehr stützen konnten, spreche ich hiermit meinen Dank aus. (Beifall.) Ich danke auch der sächsischen Beamtenchaft. (Erneutes Bravo.) Ich gedenke ferner der Männer, die von und aufgerufen, sich als technische Nothilfe zur Verfügung gestellt haben. (Leb. Bravo bei der Mehrheit.) — Rufe links: Streikbrecher! — Leb. Putsch rechts.) Sie nennen die Streikbrecher, die die Berliner Krankenhäuser mit Licht und Wasser versorgt haben. Streikbrecher nennen Sie die Lebensretter der einzelnen und des Staates. (Leb. Zustimmung bei der Mehrheit.) Leider haben infolge des Beamtenstreiks zahlreiche Mitbürger ihr Leben verloren, ein Umstand, den sich diejenigen in ihr Gewissen schreiben sollen. (Erneuter großer Beifall bei den Kommunisten und Unabhängigen.) — Präsident Vöbe bittet, den Reichskanzler wenigstens ausreden zu lassen und nicht durch Zwischenrufe zu verstoßen, daß er überhaupt gehört werden kann.) Ich spreche insbesondere den Gewerkschaften aller Richtungen meinen besonderen Dank aus für die sachliche und ruhige Art, wie sie mit uns über die Sache beraten haben. Mit der Beendigung des Streiks ist die Verordnung des Reichspräsidenten gegenstandslos geworden. Der Herr Reichspräsident hat sie mit Wirkung von heute mittag 12 Uhr aufgehoben. Das Streikrecht der Beamten wird aber damit nicht wieder frei. Die Löhne gehen wieder, die Wege zur Arbeit sind wieder frei. Wer es mit dem deutschen Volke gut meint, der darf nicht leichtfertig auf dem Wege zur Arbeit Hindernisse für Staat und Gesellschaft aufrichten. (Beifall.)

Deutscher Reichstag.

198. Sitzung vom 9. Februar 1922.

Das Haus und die Tribünen sowie die Regierungsbänke sind voll besetzt. Präsident Vöbe eröffnet die Sitzung um 10.35 Uhr mit der Mitteilung, daß die für Dienstag anberaumte Sitzung ausfallen mußte, weil der größte Teil der Abgeordneten infolge des Berlebräufers Berlin nicht erschienen konnte. Er läßt ferner ein Schreiben des Reichskanzlers vom 8. Januar mitteilen, wonach Dr. Rathenau zum Minister des Auswärtigen ernannt worden ist, und läßt bekanntgeben, daß die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Februar 1922 beiz-

das Verbot der Arbeitsniederlegung von Beamten des Reiches durch Verordnung des Reichspräsidenten vom heutigen Tage, vormittags 11 Uhr wieder außer Kraft gesetzt worden ist. (Leb. heftiges Hört, hört auf der äußersten Linken. — Bewegung im ganzen Hause. — Heiterkeit rechts.) Präsident Vöbe macht darauf aufmerksam, daß damit die auf der Tagesordnung stehenden Anträge der Unabhängigen und Kommunisten auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten erledigt sind und nicht mehr zur Beratung kommen können. (Heiterkeit.)

Abg. Adolf Hoffmann (Rom): Es liegt bereits ein neuer Antrag von uns vor: „Der Reichstag wolle beschließen: Die anlässlich des Eisenbahnerstreiks eingeleiteten Disziplinarverfahren gegen Beamte sind sofort einzustellen oder sind nicht einzuleiten. Einzel- oder Kollektivlösungen gegen Arbeiter und Beamte anlässlich des Eisenbahnerstreiks bei der Eisenbahn der Post oder in anderen Staatsbetrieben haben nicht zu erfolgen. Die eingeleiteten Strafverfolgungen auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Februar sind niederzuschlagen. (Lärm rechts: Dafür gibt es Extra-Lohnung, Heiterkeit.) Neue Strafverfolgungen dürfen nicht eingeleitet werden.“ Ich bitte, diesen Antrag mit der Erklärung der Reichsregierung zu verbinden. — Präsident Vöbe schlägt vor, den Antrag zwar mit auf die Tagesordnung zu setzen, den Antragstellern aber nicht das Wort außer der Reihe der Redezeit zu erteilen.

Darauf erhält das Wort zum ersten (gegenüber der Tagesordnung: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung, Reichskanzler Dr. Wirth. Unsere Leser finden diese Rede an anderer Stelle. Die Schriftst.)

Präsident Vöbe: Von mehreren Parteien ist der Wunsch geäußert worden, ob die Beratung jetzt abzubrechen wäre. Ich frage das Haus, ob es damit einverstanden ist. (Stürmische Rufe auf der äußersten Linken: Nein, nein! Das wird sich erst herausstellen. Heiterkeit.) — Abg. Ledebor (unabh.) bittet dringend, dieser Anregung nicht Folge zu leisten. Damit die Wahrheit einwandfrei ans Licht komme, müßten auch Vertreter der Arbeiterchaft sprechen. (Lärm bei den Kommunisten: Ach, haltet doch den Mund! Schallende Heiterkeit.) Als die Regierung in Stuttgart war, hat man den Beamten das Streikrecht zugestanden. — Abg. Koenen (Rom.): Um festzustellen, daß hier eine Scharfmacherrede gehalten worden ist, müssen wir sofort in die Besprechung der Regierungserklärung eintreten. — Abg. Adolf Hoffmann (Rom.) nach rechts: Wenn Sie sich selbst nicht hart genug fühlen, Ihren Standpunkt zu verteidigen, dann holen Sie sich doch die jetzt freigeordnete Technische Nothilfe. (Heiterkeit.) Sie wollen die Rede des Reichskanzlers ganz in Ihrem Sinne, im Sinne Timmes' (Große Heiterkeit), der sie nicht hätte besser halten können, unwiderprochen hinausgehen lassen. — Abg. Stresemann (Dtsch. Vp.): Es ist gar keine Rede davon, daß wir die Rede des Reichskanzlers unwiderprochen in das Land hinausgehen lassen wollen. Wir wollen zu der Rede des Reichskanzlers erst in den Fraktionen Stellung nehmen. Wir haben den Wunsch gehabt, daß eine Erörterung im Parlament stattfinden, um durch eine Klärung des Parlamenten Einfluß auf die Streikenden zu gewinnen. Dieser Grund ist heute noch Abbruch des Streiks weggefallen. Wir stimmen daher der Anregung des Präsidenten zu. — Abg. Müller-Franken (Sog.) schlägt sich den Ausführungen des Vorredners an. In der Abstimmung wurde der Antrag, sofort in die Besprechung der Regierungserklärung einzutreten, gegen die Stimmen der Kommunisten, Unabhängigen und eines Teiles der Deutschnationalen abgelehnt. — Das Haus verlegt sich auf Freitag 1 Uhr: Besprechung der Regierungserklärung, Reichsmittelangelegenheit.

Sächsischer Landtag.

96. Sitzung vom 9. Februar 1922.

Nach kurzen Mitteilungen tritt das sehr schwach besetzte Haus in die erste Beratung des Entwurfes eines Pensionsabänderungs- und Ergänzungsgesetzes für die Wehrlichen und ihre Hinterbliebenen ein. — Kultusminister Fleißner legt den Standpunkt der Regierung dar. Nach eingehender Erwägung sei die Regierung zu dem Entschlus gekommen, ihre bisherige Haltung zu ändern und die in Betracht kommenden Summen nicht mehr wie bisher automatisch zu bewilligen. Leider sei in absehbarer Zeit eine Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche wegen nicht zu erwartenden Sachens habe immer gedrängt, es scheine aber starke Hemmungen gegenüber der Trennung vorhanden zu sein. Das Gesamtministerium habe sich auf Artikel 173 der Reichsverfassung, nach dem die bisherigen staatlichen Leistungen an die Kirche weiter zu erfolgen haben. — Die Vorlage geht nach kurzer Aussprache an den Rechtsausschuß. — Abg. Voigt (Dtsch. Vp.) begründet hierauf einen von den bürgerlichen Parteien gestellten Antrag, die Regierung zu ersuchen, umgehend an den Landtag eine Vorlage zu bringen, für ein der sächsischen Verfassung für die Wehrlichen und Hinterbliebenen. — Dieser Antrag geht an den Haushaltsausschuß A. — Nach Erledigung von Berichten der Altersrentenbank usw. folgt die Beratung der Vorlage über die nachträgliche Einstellung von 25000 M. zur Unterhaltung der Beschaffung von Hausrat für Kinderheimstätten in den außerordentlichen Haushaltsplan für 1922. Es handelt sich hierbei um die Gewährung eines Kredits an die Deutschen Hausratswerke. Auch diese Vorlage wird dem Haushaltsausschuß A. überwiesen. — Abg. Schreiber (Dtschnat.) begründet folgende Anfrage: Was beabsichtigt die Regierung zu tun, um dem immer bedrohlicher werdenden Mangel an wehrlichen Arbeitskräften in klein- und mittelbäuerlichen Betrieben abzuhelfen? — Wirtschaftsminister Fleißner: Die Regierung würde der Frage die größte Aufmerksamkeit und sei aufrichtig bemüht, Abhilfe zu schaffen. Sehr groß sei zurzeit die Mangelnot. Im Dezember seien 750 offene Stellen für Mägde gemeldet gewesen,

aber es habe nicht ein einziges Angebot vorgelegen. Auch das Angebot von Knedten sei außerordentlich gering. Für Arbeitsjuristen seien 47 offene Stellen, aber ebenfalls kein Angebot vorhanden gewesen. Dagegen hätten zwanzig landwirtschaftliche Familien vergeblich Stellung gesucht, ebenso einige Schweizer. Die offenen Stellen sämtlich mit in anderen Kreislösungen zu besetzen, sei nicht möglich, so lange die gegenwärtige Konjunktur in der Industrie anhalte. Die überwiegende Mehrzahl der Arbeiter siehe die Beschäftigung in der Industrie wegen der höheren Löhne und der vorteilhafteren Arbeitsbedingungen vor. Selbst die eigenen Kinder mancher Landwirte gingen zur Industrie über. Die Lehebung des Arbeitermangels werde auch dadurch erschwert, daß einzelne Landwirte Vorken über den Winter ausbeuten, Einheimische aber entließen. Burden für Mägde einzustellen, sei kein voller Erfolg. Trotz des Arbeitermangels würden große Transporte Erwerbsloser außerhalb Sachsens in die Landwirtschaft vermittelt. Sie scheuten sich, in der Nähe ihres Wohnortes solche Arbeit anzunehmen. Das Landesamt für Arbeitsvermittlung wolle einen Austausch einleiten. Auf den sächsischen Staatsgütern könne von einem Arbeitermangel nicht geredet werden. Im Hinblick auf die Frühjahrsoberstellung werde ohne ausländische Arbeiter nicht auskommen sein. Die Landwirtschaft habe sich anerkennenswerterweise bezüglich der ausländischen Arbeiter auf das notwendige beschränkt. Die Abwanderung der Mägde und Knedten vom Lande könne nur dadurch eingedämmt werden, daß die Löhne den Löhnen der Industrie unter Berücksichtigung der Naturerleistungen einigermaßen angepaßt würden. Eine solche Forderung sei zweifellos auch berechtigt. Ob es überhaupt gelingen werde, dieses Problems ganz Herr zu werden, wage er aber nicht zu sagen. Es folgt eine längere Aussprache. Nach Schluß derselben gibt Ministerpräsident Vöbe namens der Regierung eine Erklärung ab über den Eisenbahnerstreik ab, in der es u. a. heißt: Die sächsische Regierung hat sich durch direkte Verhandlung mit dem Reichsverkehrsministerium bemüht, für einzelne Bezirke der Bahnverwaltung die Aufhebung der Anordnung des Reichsverkehrsministeriums zu erlangen, nach der Streikende, wenn sie sich zur Durchführung des Notverkehrs bereit erklären, dazu nicht zugelassen werden dürfen. Eine weitere Einwirkung auf die Reichsregierung oder auf den Streik direkt oder indirekt beteiligten Personen oder Vereinigungen hat die sächsische Regierung nicht unternommen, da sie es nicht für richtig gehalten hat, in einer solchen Situation die Entscheidung allein der Verantwortung tragenden Regierung zu beeinflussen und von ihr Rücksichtnahmen zu verlangen, die für einzelne Gebiete des Reiches eventuell vorübergehend Erleichterungen bringen könnten, für den gesamten Verlauf des Streiks aber unbedenkbar wären. Die Staatsregierung wird, wenn vom Präsidenten des Landtages die deuschationale und die kommunistische Anfrage zum Eisenbahnerstreik zur Beratung auf die Tagesordnung gestellt werden, Auskunft über die speziellen in den Anfragen behandelten Angelegenheiten geben. Die Polizeiorgane, Gendarmerie und Landespolizei haben reiflich ihre Pflicht erfüllt. Die zu Widerstande Anlaß gebenden ersten Richtlinien der Polizeibeamtenorganisationen sind vom Verband nach Rücksprache mit dem Präsidenten der Landespolizeiverwaltung selbst berichtigt worden. Durch Tagesbericht der Landespolizeiverwaltung vom 7. Februar wird auch gemeldet: Die Stellungnahme des Polizeibeamtenverbandes hat nach Mitteilungen der Regierungskommission unter den Polizeibeamten keinen Zweifel an der unbedingten Erfüllung ihrer Berufspflichten hervorgerufen. Die Polizeibeamten erfüllen bedingungslos ihre Pflicht. Die Regierung erkennt die anstrengende Tätigkeit der Rotbeiser, der Eisenbahnhilfsstellen und ihrer Beamten, Angestellten und Arbeiter und der Polizei in den letzten schweren Tagen dankbar an. — Die Besprechung dieser Erklärung erfolgt in nächster Sitzung.

Zu dem Antrage des Abg. Ebert (Rom.) und Genossen auf Auszahlung einer einmaligen Teuerungszulage an die Arbeiterrentner und Rentenlosen hat der Haushaltsausschuß B Stellung genommen. Abg. Schembor (Sog.) erstattet den Bericht. Danach hat sich der Ausschuss auf den Standpunkt gestellt, daß der Antrag Ebert und Genossen nicht durchführbar sei, da nicht Sachens, sondern das Reich die Verpflichtung habe, für Rentner ausreichend zu sorgen. Gleichwohl wird beantragt, die sächsische Regierung zu ersuchen, mit aller Entschiedenheit beim Reich vorstellig zu werden, um die immer mehr steigende Not der Rentner zu beheben. — Arbeitsminister Ritsch vertritt, daß die sächsische Regierung dauernd bemüht sei, beim Reich darauf hinzuwirken, die Notlage der Arbeiterrentner zu beheben. Auch theoretisch habe die sächsische Regierung alles getan, was nach der Finanzlage des Staates geschehen konnte. Die Durchführung des Antrages würde jedoch insgesamt 25 Millionen Mark erfordern, die von Sachens nicht aufgebracht werden könnten. — Die Abstimmung muß ausgesetzt werden, da nur noch 25 Abgeordnete anwesend sind. — Nächste Sitzung: Donnerstag, den 16. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Politische Nachrichten.

Regierungserweiterung?

Berlin, 9. Februar. Nach der Rede des Reichskanzlers wurden wieder von den Demokraten unverbindliche Besprechungen über die Erweiterung der Regierungsbasis durch Eintritt von Ministern aus der Deutschen Volkspartei in das jetzige Reichskabinett eingeleitet. Diese Besprechungen hatten kein positives Ergebnis, zumal auch die Beratungen der Volkspartei über die politischen Ereignisse vor dem Eisenbahnerstreik noch nicht abgeschlossen sind. Das Gerücht, daß die Volkspartei eine solche Erweiterung des Kabinetts endgültig abgelehnt habe, ist noch nicht bestätigt und stimmt auch nicht mit den bisherigen Absichten der Fraktion überein, die bisher den Verlauf der Steuerberatungen abwarten wollte.

Sächsische Nachrichten.

Reichsminister a. D. Dr. Heine Schielebrücker. Berlin, 9. Februar. Künftig wird gemeldet: Der Reichsminister a. D. Dr. Heine ist zum deutschen Gesandten am deutsch-jugoslawischen und deutsch-tschechoslowakischen gemischten Schiedsgericht ernannt worden.

Nationaler Ernteritag? Vom „Deutscher Wirt“ hat die Deutsche Volkspartei im Reichstage den Antrag eingebracht, daß der Tag der Uebergabe Oberschlesiens an Polen zum nationalen Ernteritag erklärt werden solle.

Ein neuer Ministerpräsident. Blättermeldungen aus Braunschweig zufolge veröffentlicht der braunschweigische sozialdemokratische „Volksfreund“ neue Enthaltungen über den früheren unabhängigen Ministerpräsidenten Lottner. Danach soll dieser während seiner Ministerpräsidentschaft von dem Fabrikanten Bammel in Döpten 3 Prozent des durchschnittlichen Gehaltsgewinns und später, wenn er dauernd in die Dienste des Fabrikanten treten werde, 10 Prozent des Reingehalts sowie Vorhülle in Höhe von 3000 bis 7000 RM. verlangt haben. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion verlangt, daß Lottner aus der Fraktion der Unabhängigen ausscheide und sein Mandat niederlege. Anscheinend wollen die Sozialdemokraten von der Ernennung dieser Fraktion ihren Eintritt in die Arbeitsgemeinschaft mit den Unabhängigen abhängig machen.

Der Dank des Vaterlandes. In der Zeitschrift „Der Deutsche Kaufmann im Ausland“ lesen wir: Bekanntlich haben vor einigen Wochen verheiratete Weiswägen in Leipzig und Neuhaldensleben den Verteidiger Deutsch-Chafiras, General von Lettow-Vorbeck am Sprechen verhindert und persönlich beschimpft. Dazu äußerte sich kürzlich der alte, englische Kolonialoffizier, Oberst Brasier, gelegentlich eines Besuchs in Köln, wie folgt: „Ich kann nur glauben, daß völlige Unkenntnis der heldenhaftesten Verteidigung deutschen Kolonialgebietes durch General von Lettow-Vorbeck sich zu solchem Verhalten gegen einen Mann, den England als einen seiner größten Helden feiern würde, hinreihen ließ. Selbst wir englischen Kolonialoffiziere können und können nicht anders, als diesen glorreichen Führer der Deutschen Afrikas, der vier Jahre lang eine feindliche Weltmacht heldenmütigen Widerstand leistete, unsere höchste Achtung zu zollen.“

Italien genau eine erhebliche Verschiebung der Genauer Konferenz.

London, 9. Februar. Das Neutliche Bureau meldet: In italienischen Kreisen wird erklärt, daß kein Grund zur Annahme vorliegt, daß Italien für einen beträchtlichen Ausschub der Konferenz von Genua sei. Der Dozent hat diese das Wort der Konferenz selbsteht. Er müsse daher in seiner Gesamtheit auch eine Abänderung vorschlagen, wenn er eine solche wünsche. Die italienische Regierung selbst habe niemals einen Ausschub verlangt. Es gebe keinen Grund, weshalb die Regierung eine Abänderung ihrer Dispositionen in Erwägung ziehen sollte. In Genua seien inzwischen mehrere Bitten und Vorschläge zur Unterbringung der Delegierten bereitgestellt worden.

Kein englisch-französisches Militärabkommen.

London, 9. Februar. In einer Rede im Unterhaus erklärte Lord Curzon in Bezug auf das geplante Übereinkommen zwischen Großbritannien und Frankreich, seiner Ansicht nach würde es ein großer Fehler sein, dieses Übereinkommen, wie es von mancher Seite gewünscht wird, in ein Offensiv- und Defensivabkommen auszubauen. Sein Bestreben seit dem Kriege sei es immer gewesen, aus dem Strome der Militärabkommen herauszukommen, die Europa in bewaffnete Lager geteilt haben, die den Weltfrieden bedrohen.

Schwerer irischer Zwischenfall.

Berlin, 9. Februar. Im englischen Unterhaus gab Chamberlain über den Einfall bewaffneter Sinnfeiner aus Südrland in das Gebiet von Ulster eine Erklärung ab und teilte mit, daß der Kriegsminister von der Regierung Nordirlands folgenden Telegramm erhalten habe: Große Banden überschritten die Grenze, stießen in die Wohnungen angesehener Bürger an der Ulsterseite der Grenze ein und besetzten sie. Eine große Anzahl angesehener Bürger wurde verwundet und über die Grenze entführt. Wunden wurden in die Luft gesprengt. In Fernmanagh wurden 20 Ulsterpolizei über die Grenze gebracht. Die Polizei von Ulster verhaftete elf Personen, die als Mitglieder der republikanischen Armee erkannt wurden und mit Bomben und anderen Waffen ausgerüstet waren.

Kritische Lage in Indien.

London, 9. Februar. „Wall Mail and Globe“ erzählt: Aus Indien seien sehr ernste Nachrichten eingetroffen. Die Lage verurteile die größten Bedrohungen. Es sei nicht genau bekannt, welche Schritte die indische Regierung gegen die herrschende Gesetzlosigkeit gegebenenfalls beabsichtige. In amtlichen Kreisen sei man jedoch der Ansicht, daß die beschlossene Aktion zuverlässig durchgeführt werden solle.

Die Kohlennot steht erst bevor. Der Reichskohlenkommissionar macht die Kohlenverbraucher auf folgendes aufmerksam: Selbst bei sofortiger Wiederaufnahme des Güterverkehrs wird der normale Kohlenverbrauch kaum vor acht bis zehn Tagen wieder in Gang sein. Die Zufuhr bzw. Rückleitung auch nur einigermaßen genügend leerer Wagen in die Kohlenreviere wird nur langsam voranschreiten. Auch hat die an sich schon unzureichende Kohlenförderung naturgemäß vielfach durch den Eisenbahnerstreik eine weitere Einschränkung erfahren. An vielen Stellen sieht also die dringende Kohlennot infolge des Versagens des Verkehrs leider erst noch bevor. Die Verbraucher werden daher gut tun, ihre Verfügungen so zu treffen, daß sie vorerst nur mit verzögerten und spärlichen Brennstofflieferungen rechnen können.

Eine neue Gemeindeordnung für Sachsen. Die Regierung hat den Entwurf einer neuen Gemeindeordnung für den Reichsland Sachsen verschiedenen Stellen zur Aussprache überreicht. Ueber den Inhalt der neuen Gemeindeordnung erfahren wir folgendes: Alle Gemeinden erhalten eine Einheitsverfassung. Die Gemeindevertretung wird auf jeweils drei Jahre gewählt; das Wahlrecht ist das gleiche wie bisher. Die bisherigen Städte behalten diese Bezeichnung bei. Ihre Gemeindevertreter heißen Stadträte. Das Einkammerregime wird für alle Städte ohne Ausnahme durchgeführt. Den bisherigen Inhabern besetzter Stadtratsstellen wird freigestellt, binnen drei Monaten aus dem Dienst auszuscheiden, wenn sie dies innerhalb eines Monats nach dem Inkrafttreten des Gesetzes erklären. Geben sie eine solche Erklärung nicht ab, so gelten sie mit ihren bisherigen Dienstbehalten als unklünder angestellt, aber als Gemeindevorsteher; sie haben kein Stimmrecht in der Gemeindevertretung und sind auch an den Verhandlungen der Ausschüsse ihres eigenen Ressorts nur beteiligt, wenn sie vom Ausschusse selbst mit beratender Stimme zugezogen werden. Die Bürgermeister werden auf jeweils sechs Jahre gewählt. Werden sie nach sechsjähriger Amtszeit nicht wiedergewählt, so erhalten sie die Hälfte ihres Dienstehaltens noch auf vier Jahre. Nach zwölfjähriger Dienstzeit steht ihnen im Falle der Nichtwiederwahl die Hälfte ihres bisherigen Dienstehaltens auf Lebenszeit zu. Eine Wahl auf Lebenszeit findet nicht mehr statt. Die jetzt im Amte befindlichen Bürgermeister und Gemeindevorstände haben ihr Amt auf Verlangen des neugebildeten Gemeinderates niederzulegen; dieses Verlangen kann er innerhalb sechs Monaten, später immer nach Ablauf je einer sechsmonatigen Amtszeit gestellt werden. Die Rechte auf ihre Dienstbezüge bleiben den so aus ihrem Amte Scheidenden Bürgermeistern gewahrt. Die Kreisbauernschaften bleiben bestehen. Auch die Amtshauptmannschaften werden zunächst als staatliche Verwaltungsbehörden aufrechterhalten; ebenso bleiben die Bezirksverbände bis auf weiteres im wesentlichen mit dem bisherigen Wirkungsbereich bestehen. Aus kleineren zusammengehörigen Gemeinden sollen Gemeindegemeinden gebildet werden; diese erhalten alle Befugnisse der bisherigen Städte; sie unterstehen nicht der Amtshauptmannschaft und gehören keinem Bezirksverbande an. Da die Amtshauptmannschaften dadurch einen Teil ihres Wirkungsbereichs verlieren, sollen ihrer Aufsicht alle übrigen Städte, soweit sie nicht bezirksfrei sind, unterstellt werden. Der Entwurf soll, wie Minister Wilmanns angekündigt hat, noch im Februar dem Landtage zugehen.

Wegen Verstopfung der Bahnhöfe können Pakete von den Postanstalten unbeschränkt einzuweisen noch nicht wieder angenommen werden.

Verbilligung der Milch. Vom Milchwirtschaftlichen Landesverband Sachsen wird mitgeteilt, daß infolge Beendigung des Eisenbahnverkehrs der zur Deckung der erhöhten Milchlieferungen erhobene Zuschlag auf die Milchpreise von morgen ab in Wegfall kommt und die Milch wieder zu den für Februar festgesetzten Kleinhandelspreisen verkauft wird.

Ausländerkontrolle. Das sächsische Ministerium des Innern hat dem Verein der Hotelbesitzer von Dresden und Umgebung mitgeteilt, daß die Polizeibehörde nicht darauf verzichten könne, durch den Wohnungsgeber Kenntnis von der Anwesenheit von Ausländern zu erhalten, wenn diese sich nicht selbst polizeilich melden. Da schriftliche oder mündliche Anzeigen des Wohnungsgebers genüge, werde diesem eine nicht erspürbare oder unbillige Verpflichtung nicht auferlegt. Eine Verpflichtung, den Pächter oder Pächerin bei der Polizei vorzuführen, besteht nur für den Ausländer, nicht für den Wohnungsgeber.

Internationale Elbekommission. In ihren Sitzungen vom 2. 3. und 6. Februar hat die Internationale Elbekommission ihre Beratungen über die neuen Elbeentwässerungsarbeiten über die Bestimmungen über die Dämen angenommen. Außerdem hat sie ihr Budget beraten. Für die allgemeinen Verwaltungskosten der Kommission wurde für das Jahr 1922 ein Betrag von 20 000 Franken vorgeschlagen, der auf die vertretenden Staaten im Verhältnis der Zahl ihrer Vertreter verteilt wird. Unberührt hiervon bleiben die persönlichen Kosten der Delegierten und ihres Hilfspersonals, die von jedem einzelnen Staat für seine Delegierten getragen werden.

Umtausch der Ueberdruckmarken. Die Umtauschfrist für die seit dem 20. Januar außer Kurs gesetzten Ueberdruckmarken zu 1,60 RM., 3 RM., 5 RM. und 10 RM., die sich noch in den Händen des Publikums befinden, ist über den 31. Januar hinaus bis Ende Februar verlängert worden.

Dresden.

In der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag abend, welche vom Stadtverordnetenvorsteher Rahn geleitet wurde, wurde das Gesetz des Zentralverbandes der Arbeitsschlichter und Bittwen Deutschlands, Ortsgruppe Dresden, um Erteilung von Fürsorgemaßnahmen für Altersrentner usw. beraten. Der Rechtsausschuß schlug u. a. vor, den Rat zu ersuchen, unverzüglich mit Wirkung vom 1. Januar 1922 ab eine zeitgemäße Erhöhung der zuletzt am 1. Oktober 1921 festgesetzten Unterstützungssätze eintreten zu lassen. Nach längerer Aussprache wurde dieses Gutachten angenommen. — Rummerbehe man sich mit der Ratvorlage über die Erhöhung des Wasserpreises auf 2 Mark für das Kubikmeter von der Anfang Januar ab begonnene Standaufnahme des Wasserpreises. Der Finanzausschuß beantragt, den Beschlüssen des Rates zuzustimmen mit der Maßgabe, daß der erhöhte Wasserpreis erst von der Erhebungsperiode erhoben wird, die den Verbrauch von der Anfang 1922 ab begonnene Standaufnahme der Wasserpreismessung umfaßt. Dieses Gutachten wurde gegen die 4 Stimmen der Kommunisten angenommen. — Die Wahl der unbesetzten Stadträte mußte ausgesetzt werden, da das betr. Ortsgebiet noch nicht veröffentlicht ist. — Die Gebühren der Stellenvermittler werden um weitere 50 Prozent erhöht, so daß zu der Gebührenrate vom 1. Februar 1921 ein Zuschlag von 100 Prozent erhoben werden darf. — Ein Antrag des St.-V. Schrapel und Gen. lautet: Das Kollegium wolle beschließen, a) sofort bei der Landes- und Reichsregierung die Aufnahme von Verhandlungen mit der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten auf der Grundlage der von dieser Gewerkschaft gestellten Bedingungen zu fordern und den Rat zum Beitritt zu diesem Beschlusse aufzufordern; b) den Rat zu ersuchen, 1. die sofortige Schließung aller Schulen, Bars und ähnlicher Vergnügungsorten und die Beschlagnahme der dort liegenden Kohlen anzuordnen, um damit die Bäckereien, Schulen, Krankenhäuser und die Familien zu versorgen, die Kohlen zu verpflegen haben und ohne Kohlen sind; 2. in den Schulen weitere Wärmestuben für Familien ohne Kohlen einzurichten, 3. allen durch den Streik arbeitslos gewordenen Angestellten und Arbeitern Kohlen und Lebensmittel in Höhe des Wertes der Arbeitslosenunterstützung zur Verfügung zu stellen und die Kosten durch eine Steuer auf die Unternehmer aufzubringen, c) dem Rat zur Ausführung dieser Beschlüsse Ermächtigung zu erteilen und ihn zu ersuchen, in der nächsten Stadtverordnetenversammlung über die getroffenen Maßnahmen Bericht zu erstatten. — Dieser Antrag wurde dem Prüfungsausschuß überwiesen. — Zwei Dringlichkeitsanträge betr. Erwerbslosenunterstützung und Besoldungsvorschriften wurden angenommen. — Der öffentlichen Sitzung folgte eine geheime.

Sonnabendbesuch in der Kreuzkirche. Da in dieser Woche dem Kreuzchor ein heiliger Uebungsraum nicht zur Verfügung stand, wurde der Bespiel am 11. Februar ausfallen.

Die Finanzämter Dresden-A.-West und Ost und Dresden-K. veröffentlichten Bekanntmachungen im amtl. Blatt betr. Offentliche Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlagung der Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1921 und betr. Abgabe der Steuerkarte und die losen Markenblätter bis spätestens den 15. März d. J. Es handelt sich um die Steuerbücher und Markenblätter, die für den in der Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1921 bezogenen Arbeitslohn zum Einleiben und Entwerten von Steuermarken verwendet worden sind.

Diebstähle. Am 4. Februar ist in einem Restaurant in der Königs-Johann-Strasse aus einem Werkzeugkasten, der am Kleiderhänger hing, eine Prisenflasche aus schwarzem Wachs, in der sich ein Militärpass, Rentenpapiere und ein Einwohnerregister auf Kaiser Döbrich lautend, sowie Rotbuch und Briefkasten befanden, gestohlen worden. Ferner ist am 7. Februar einem Schneider aus der Werkstraße ein langer Fernrohr mit Doppelokular und Fernrohrtragen mit dunkelblauem Stoffbezug, der rotbeige Kerne besaß, 20 000 RM. wert, und ein Sportpels mit Doppelkammer und -futter, grau-grünem Stoffbezug, zwei schrägen und zwei geraden äußeren Taschen, die Kerne noch nicht vollständig fertig, gestohlen worden. Der Diebstahl hat für Wiedererlangung der Beise 2000 RM. Belohnung zugesichert. Die Kriminalpolizei bittet um sachdienliche Mitteilungen.

Zinnrobdiebstähle aus Bierleitungen. In der Nacht zum 8. Februar sind aus den Kellern einer Schankwirtschaft in der Trodenberger Straße und einer Schankwirtschaft in der Meißner Straße zusammen etwa 60 Liter Zinnrohr, 12 Millimeter im Durchmesser, aus Bierleitungen gestohlen worden. Der Kriminalpolizei Trachau, Hauptkriminalkommissar 11, warnt vor Ankauf und bittet um sachdienliche Mitteilungen.

Rheinlandstöchter.

Roman von Clara Diebig.

(Nachdruck verboten.)

Zylinder sah nach seiner Frau hin und lächelte glücklich. „Freilich, das wäre dir nicht passiert!“ Sie merkte nicht die leise Ironie in seinen Worten. „Das wäre es auch nicht“, rief sie eifrig. „Aber das kommt bei der Blauschneiderei heraus, Reda hatte immer was vom Blauschneiderei. Rein, meine Mädels sollen anders werden! Stricken und nähen und stopfen und gut locken, das ist das Beste, um einen Mann zu fesseln. Was mal auf, die heiraten mit sechzehn! Dafür werde ich schon sorgen. Bistest du nicht, daß sie sich sehr nett herausmachen? Bistest du nicht, daß sie sich sehr merkwürdig entwickeln. Und Lollo — nein, ich amüsiere mich, der Oberst sagte neulich zu mir: „Sie haben ein paar reizende Töchter, gnädige Frau, ganz die Mutter!“ Was sagst du, Paul, bist du nicht stolz?“ Sie sah, rot vor Vergnügen, zu ihm auf.

Er nickte und küßte sie leicht auf die Stirn. Die hatte merkwürdig wenig Falten, querüber nur ein paar ganz zarte Striche; aber der Nasenwurzel zwischen den Brauen, wo das Nachdenken sitzt, keine einzige Linie. „Adieu, Kind, nun muß ich aber gehen!“

„Ach! Weißt du, Paul, ich mag dich doch die einzig freie Zeit nicht missen. Einen Augenblick! Ich rufe die Kinder, wir machen uns rasch fertig und gehen mit bis hin. Wir warten dann unten auf dich.“

„Es könnte zu lange dauern!“

„Du brauchst ja nicht so lange oben zu bleiben, das ist gar nicht nötig! Bist, Lollo, Karl, Fritz — spazieren — rasch!“ Sie rief zur Tür hinaus. „Mir ist nur wohl, wenn sie alle dabei sind. Dir auch, Paul, nicht?“

Dreiviertel Stunden später stieg Major Zylinder die Treppen zur Dallmachers Wohnung hinauf. „Bist nicht so lange“, rief ihm noch eine heile Stimme nach. Das Haus war ganz anständig, nur der Hof, auf den man durch das Treppfenster blickte, entsetzlich eng und

düster. Zwischen den hohen Hintergebäuden kaum ein Stück Himmel zu sehen und das noch angeräuchert von dem riesigen Fabrikschlot, der auf dem Nachbargrundstück drohend emporging.

Geheimrätin Dallmer.

Familienpenkionat

Stand auf dem Vorzeleinschilde. Die Berliner begreifen nicht, daß auch mal einer nicht „geheim“ sein kann; Frau Rätin hatte ihren Ärger wegen des Schilbes gehabt.

Zylinder läutete, das Herz klopfte ihm dabei — wenn sie doch zu Hause wäre! Er fühlte eine freudige Erregung, sie wiederzusehen. Drinnen schlorrierte Schritte; jetzt wurde der Schlüssel umgedreht, ein alter Herr mit hochrottem Gesicht öffnete die Tür.

„Ihr Diener!“ Die Uniform imponierte ihm augenscheinlich. „Bitte, treten Sie näher! Mit wem habe ich die Ehre?“

„Major Zylinder. Sind die Damen zu sprechen, Frau und Fräulein Dallmer? Ich bin ein alter Bekannter!“

„Ja, ist nicht möglich!“ Der Alte schmunzelte, vergnügt. „Ich kriege schon Angst, es wäre wegen der Pension; die geben wir nämlich auf. Gestatten Sie — Moritz Schmolle, mein Name ist Moritz Schmolle, Rentier. Also Sie sind ein alter Bekannter? Na, aber nun! Bitte, treten Sie näher — hier herein in meine Stube!“

„Sie entschuldigen, ich wollte zu den Damen!“ Zylinder wußte nicht, was er aus dem Alten machen sollte.

„Na, ja, ich weiß schon. Da sind sie auch ganz an der richtigen Adresse. Im „Berliner“ können wir nämlich keinen Besuch empfangen, da — aber bitte, nehmen Sie gefälligst Platz! Ich werde es den Damen melden.“ Er verschwand.

Zylinder sah sich um. Wichtig, die Möbel kannte er, dies waren die besten Stücke aus dem Dallmachers Haushalt! Dort vor dem Schreibtisch der Leppich — grün, farneolisch und violett — den hatte er in des Regierungsrats Arbeitszimmer oft gesehen, die weißen Füße des

kranken Mannes ruhten immer darauf. Ein Gefühl der Rührung überkam den Major. Jene Farben waren noch so frisch und bunt — aber was mochte aus Reda geworden sein, hatte sie ihre schöne Frische noch, oder? Ein blaßes verblühtes Altungsergesicht mit traurigen Augen schwebte ihm vor. Eine wahre Angst bemächtigte sich seiner.

„Hauptmann Zylinder!“ Eine volle, liebe, vertraute Stimme! Er fuhr auf. „Reda!“

Sie streckte ihm beide Hände entgegen. Da stand sie, kräftig, frisch. Aber dem hellen Rattenkleid blühten ihre roten Wangen, ein strahlendes Lächeln verschönte ihr Gesicht. Ihre Augen leuchteten vor Freude. „O Sie lieber guter Freund, oh, wie freu ich mich!“

Er konnte sich nicht halten, er rief einen unterdrückten Freudenschrei aus; und dann ergriff er ihre Hände und schüttelte sie und ergoß sich an dem festen warmen Druck, der den seinen erwiderte. „Meine liebe gute Reda!“

„Lieber Herr Hauptmann — ach, verzeihen Sie: „Herr Major!“ Ich kann mich noch nicht so rasch dran gewöhnen“, sagte sie mit einem lieben entschuldigenden Lächeln. „Für mich sind Sie immer noch der Hauptmann!“

„Und Ihr guter Freund!“ Ihre Augen schimmerten. Ihr Gesicht wurde plötzlich sehr ernst. „Sie haben mich einmal vor einem schweren Unrecht bewahrt, einem Unrecht gegen die Reinen, gegen mich selbst — ich weiß jetzt, was es heißt, in blinder Verzweiflung aus dem Leben zu gehen, ich hab es vor kurzem in nächster Nähe gesehen. Gott sei Dank, daß ich lebe, so lebe!“ Sie sagte das mit einem tiefen Atemzug und drückte ihm fest die Hand. „Ich kann es Ihnen nicht genug danken!“

„Ich sehe es, Sie sind zufrieden. Sie sind glücklich!“ Er musterte sie mit einem langen Blick. „So kann nur jemand aussehen, der ruhigen Herzens ist.“

(Fortsetzung folgt.)

Blasewitz.

Sand freuen. Es scheint in Hausbesitzkreisen die Ansicht zu herrschen, daß nach der Einverleibung sie nicht mehr verpflichtet wären, vor ihren Grundstücken die eintretende Kälte zu freuen. Dies trifft jedoch nicht zu. Nach wie vor haften die Hausbesitzer bei etwaigen Unfällen für den Schaden und werden sogar noch bestraft.

Die Kirchengemeindevertreterwahl in Blasewitz und Reugruna betrifft eine Bekanntmachung des Kirchenvorstandes im heutigen amtlichen Teil. Wir machen alle Wahlberechtigten ganz besonders darauf aufmerksam.

Loischwitz.

Trop des Kobelverbot und der durchgeführten Strafmaßnahmen der Polizei läßt das Kobeln an den abfahrenden Straßen besonders der Schiller-, Grund- und Vitoriastraße nicht nach. Um Unfälle zu vermeiden, sollte doch jeder die Einsicht haben, auf diesen Verkehrsstraßen das Kobeln zu unterlassen.

Diebstahl. Einem Hausfrauen einer hiesigen Weinkube wurden auf noch unaufgeklärte Weise aus einem verschlossenen Reisefotor ein Geldtäschchen mit 450 Mk. Inhalt und ein durchsichtiges Medaillon mit drei Perlen und einem kleinen Brillanten an einem goldenen Ketten gestohlen. Außerdem hat der Täter aus einem Kassettenschrank zwei rot-weiß gestreifte Tischeben mitgenommen. Vor Kaufmann und um sachdienliche Mitteilungen blüht der Kriminalposten Blasewitz, Raumannstraße 13.

Pappitz.

Stiftungsfest. Am vergangenen Sonntag hielt der Turnverein Pappitz im Gasthof Gönndorf sein diesjähriges Stiftungsfest in Form eines Winterparties ab. Schon zeitig füllten sich die Säle, so daß am Abend alle Räume überfüllt waren und viele vergeblich nach einem Plätzchen suchten. Die turnerischen Darbietungen, welchen ein wohlgelungenes Theaterstück folgte, legten volles Zeugnis ab von der vorzüglichen Leitung und Schulaufnahme des Vereins. Alle Teilnehmer dankten von den zahlreichen Besuchern gebührend. Auch der Tanz war bis zum Schluß der Polkaeinde im regsten Gange, wodurch die Kasse des Vereins trotz namhafter Unkosten auf eine Rechnung gekommen sein wird. Hochbedeutend ist gerade in der prächtigen Winterzeit von der Gönndorfer Bühne aus seiner Heimat zugewandert, von dem Wunsch begleitet, im Gasthof Gönndorf bald wieder einen gleichen Abend erleben zu können.

Reichthum.

Eine kirchliche Mitteilung besagt, daß der Gottesdienst am nächsten Sonntag im Konfirmationszimmer abgehalten werden soll, da der eingetragte Notar für die gegenwärtige große Kälte völlig unzureichend ist.

Niederzörbitz.

Goldene Hochzeit. Donnerstag, den 9. Februar feierte Herr Schneidermeister Schmidt mit seiner Gattin das goldene Ehejubiläum.

Loischwitz.

Schulschließung infolge Kohlenmangels. An der hiesigen Volk- und Fortbildungsschule mußte der Unterricht von gestern an bis auf weiteres ausgesetzt werden.

Reichenau.

Merkwürdige Ansichten konnte man in der letzten Sitzung des Gemeinderats, die von der Einwohnerschaft sehr stark besucht war, hören. Gemeindevorsteher Kidel hatte, da er aus der kommunistischen Partei, als deren Vertreter er gewählt war, ausgeschieden ist, sein Mandat zur Verfügung gestellt. Die sozialistische Mehrheit des Gemeinderats beschloß unter Berufung auf die entsprechende Bestimmung der Landgemeindegliederung die Mandatsniederlegung nicht zu genehmigen. Die hiesige Rinderherde stimmte für Anerkennung der Niederlegung, da sie die Meinung vertritt, daß ein Abgeordneter sein Mandat abgeben hat, wenn er die Partei, die ihn gewählt hat, nicht mehr vertreten kann. Die hiesigen Gemeindeglieder erklärten in einem Schreiben an den Gemeinderat, daß sie auf eine Anrede mit ihrer gesetzlichen Dienstbezeichnung weder im kollektiven Verkehr noch im Verkehr mit dem Publikum Wert legen. Einen Kobelunfall erlitt am Mittwoch ein Mädchen, das an einen Baum fuhr und einen schweren Beinbruch davontrug.

Werna. Festnahme. Hier wurde am Mittwoch ein 23-jähriges Hausmädchen aus Schandau festgenommen, das sich hier umhertrieb und verschiedene Gasthausbetriebe bedauerte hatte. Die Festgenommene wurde dem Amtsgericht zugeführt.

Waltersdorf. Einen Hiesigenappetit entwickelte das gut gemästete Schwein eines hiesigen Bäckermeisters. Obwohl es unter Ernährungsbedingungen im allgemeinen nicht zu leben hat, gefiel es ihm herzlich, eine zufriedene lebende Ente mit Stumpf und Stiel aufzufressen. Wie es heißt, süßte sich die Sau nach dem familliarischen Vergehen trotz der verschlungenen Fiebern „sauwohl“.

Hätten. Betriebseinstellung. Die hiesige Papierfabrik hat infolge Kohlen- und Materialmangels den Betrieb einstellen müssen.

Riesa. Eine „Berle“. Durch vorbildliche Arbeitsleistung zeichnete sich die Dienstmagd Krause aus, die nunmehr seit 27 Jahren ununterbrochen im Dienste des Gutsbesitzers Hasche in Wendischborsitz steht. Ihr wurde aus diesem Anlaß die vom Landwirtschaftlichen Kreisverein gestiftete „Goldene Medaille für Treue Arbeit“ überreicht. Die Auszeichnung besitzt bereits die silberne Auszeichnung.

Obendörfelberg. Unangenehme Folgen einer Radfahrerergewohnheit. Ein Lastauto vollerte gerade unsern Ort, als viele Arbeiter aus den Fabriken beimkehrten. Zwei Radfahrer benutzten die Gelegenheit, sich an das Auto anzuhängen. Ihnen wurde die auf der Straße herrschende Kälte zum Vergnügen. Dem einen rutschte das Rad unter dem Leibe weg, so daß er, sich an das Auto klammernd, freischwebend mit fortgenommen wurde. Dem anderen Radfahrer glitt das Rad in gleicher Weise aus und geriet unter das hintere Rad des Kraftwagens, wobei es zerrümmert wurde. Der Fahrer kam zum Glück mit dem Schaden davon. Er nahm die Ständer seines Rades auf den Rücken und pilgerte zu Fuß nach Hause.

Riesa. Schließung der Schulen wegen Kohlenmangel. Wie der Rat der Stadt bekannt gibt, muß wegen Mangel an Heizmitteln der Unterricht in der Oberrealschule, den hiesigen Volk- und Fortbildungsschulen und der Handelsschule vom 9. bis mit 15. Februar d. J. ausgesetzt werden. Das Eis der Elbe ist in Riesa zum Stehen gekommen.

Oschatz. Jugendliche Lebensliebe. Ermittelt wurden durch die hiesige Polizei vier vierzehnjährige Schulknaben, welche innerhalb der letzten drei Wochen zahlreiche Diebstähle verübt haben. Es sind von ihnen nicht weniger als 17 hiesige Geschäfte heimlich gesucht worden.

Dahlen. Infolge Kohlenmangels mußte die hiesige Schule bis auf weiteres geschlossen werden.

Borna. Vom heiligen St. Bureaucratius. Ein Grundbesitzer in Dörfelberg bei Borna schreibt dem „Bornaer Tageblatt“: Praktischere Tätigkeit, einfacherer Betrieb, harmonischer Wirtschaft, alles das sollte die Revolution dem alten Bureaucratienhaute gegenüber bringen. Da flattert mir ein Schreiben des „Finanzamtes“ auf den Schreibtisch. Ein Grundbesitzerbescheid ist es über 39 Mk. 20 Pf., wovon der Er-

werbende bereits 38 Mk. 10 Pf. als Sicherheit geleistet hat. Das Finanzamt fordert nun noch den Rest von 1 Mk. 10 Pf. (eine Mark 10 Pf.) an und brennt dazu einen Einkreibebrief, der mit 4 Mk. frankiert ist. Da es ein Bescheid und keine Mahnung ist, trägt das Finanzamt das Porto. Mit der großen Wut nach der kleinen Speckfette zu werfen, kann sich wohl nur die Steuerbehörde leisten. Die große Wut ist der heutigen Zeit: „Der Staat bezahlt!“ So geschah am 14. Januar 1922.

Errosen. Ein kleiner Irrtum. Erschien da vor einigen Tagen im Schalterraum der hiesigen Post eine Frau. „Tauscht Ihr noch Silbergeld um und was gebt Ihr denn dafür?“ fragte sie und erhielt die Antwort: „Heute noch 12 Mk. für die Silbermark. Sie hätten früher kommen müssen, da gab es noch 20 Mk.“ Nach kurzem Bedauern und Befinnen erklärte sie sich auch mit 12 Mk. einverstanden. Der Beamte ersuchte sie darauf, das Silbergeld auszugeben. Bedächtig wurde der Korb geöffnet und was kam zum Vorschein. Für etwa 300 bis 400 Mk. funkelnelnde fünfzigpfennigstücke aus Aluminium. Daß der Beamte für dieses „Silber“ keine Verwendung habe, konnte die Frau nicht begreifen.

Chemnitz. Die beim Dessauer Stadttheater umgekommene Sängerin Frau Herling sollte am selben Tage hier aufleben. Das Gaspiel zerbrach sich aber, da, wie die Chemnitzer Intendantin mitteilt, die Künstlerin mit den gebotenen 2200 Mk. nicht zureichen war. Hätte sie eingewilligt, so wäre sie vermutlich heute noch am Leben.

Hohenstein-Ernstthal. Flüchtiger Betrüger. Mit 35000 Mk. die ihm von ausländischen Einwohnern zum Kartoffeleinkauf übergeben worden waren, ist von hier ein verheirateter Vater namens Jung in Begleitung einer Kleinerin verschwunden.

Lichtenstein-Gallenberg. Frecher Raub. Hier drang ein junger Mensch in den Laden des Reinholdischen Päckereigeschäfts am Rindplatz ein und raubte die Kassenkasse aus. Bis zu 1000 Mk. fielen dem Raub in die Hände.

Glauchau. Infolge Kohlenmangels mußte der Unterricht in sämtlichen hiesigen Schulen ausgesetzt werden. Auch die Volkshochschule, Betriebsrathsschule, Abendkurse usw. können nicht abgehalten werden.

Meerane. Ihren Betrieb einstellen mußte die hiesige Kammgarnspinnerei infolge Kohlenmangels. In ähnlicher Lage befinden sich noch eine Anzahl weiterer Betriebe unserer Stadt.

Meerane. 75 Jahre verheiratet! Die diamantene Hochzeit konnte hier das Ehepaar Vogel feiern.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Das 38. Konzert der Gesellschaft zur Förderung der Dresdner Musik-Schule wird mit Orchester Freitag, den 17. Februar im Reußthor Kasino, Königstraße 15, stattfinden. Ihre Mitwirkung haben glänzend zugeführt Fräulein Renay Janger, Opernsängerin an der Dresdner Staatsoper und die Hochschullehrer der Dresdner Musikschule Herren Musikdirektor Johs. Reichert und Kammermusik Arthur Jenker.

Mitteilung des Residenztheaters. Sonntag, den 12. Februar, abends 7 1/2 Uhr und folgende Tage gelangt die von der Presse und Publikum mit großem Beifall aufgenommene Operette „Die Frau ohne Mann“ von Erich Kästler, Musik von Julius Einädler, in der Uraufführung-Veranlassung zur Ausführung. Jeden Sonntag, Mittwoch und Sonnabend nachmittags 3 1/2 Uhr geht das Weihnachtsmärchen „Die Eisprinzessin“ zu ermäßigten Preisen in Szene.

Kleine Chronik.

Berlin. Ein Adhact Taschendieb. Ein Kriminalbeamter hatte bemerkt, wie sich zwei Jagdhunde an einen Herrn in einem Automobils in verdächtiger Weise heransteigern und ihn, wie es schien, bestohlen hatten. Als der Beamte den Herrn darauf aufmerksam machte, stellte sich heraus, daß diesem tatsächlich Uhr und Kette gestohlen worden waren. Der Herr nahm die beiden Verdächtigen fest. Sie waren ganz entsetzt und auch bei einer Durchsuchung ihrer Kleidung wurde nichts gefunden. Wohl aber wurde die Uhr auf dem Rücken eines der Hunde entdeckt. Es lag nahe, daß die Verhafteten die Uhr, um sich nicht zu verraten, hatten fallen lassen. Nach dem Polizeipräsidenten gebracht, wurde der eine festgehalten als ein ehemaliger überwachter Fliegeroffizier Stefan von Storsow. Auch jetzt beirrt er noch ganz entschieden, mit dem Diebstahl etwas zu tun zu haben. De weiteren Ermittlungen eraben jedoch, daß er allerdings auf dem Herdholz hat und diebstahl geübt wurde. Er war als reisender Taschendieb überall umhergefahren und hatte auch Dorebleibnisse ausgeführt. Zuletzt war v. Storsow in Hamburg festgenommen und bestraft worden. Jetzt war er wieder nach Berlin gekommen und hatte sich mit einem internationalen Taschendieb namens Steinert zusammengesehen.

Göhrz. Dem roten Häkling, der kürzlich ein vierjähriges Mädchen mit seinem Schlitzen entführte und nach einem unfruchtlichen Vergehen die ganze Nacht im Walde zurückgelassen hat, bis es am Morgen erkrankt von einem Jäger aufgefunden wurde, ist man auf der Spur. Es ist der 23-jährige Arbeiter Kurt Erich Neumeister von hier. Da er lächelt, ist wurde ein Siedler hinter ihm erlassen. Der 1,68 Meter große Mann ist leicht zu erkennen, denn an der Hand fehlen ihm drei Fingerphalanx.

Dessau. Kein Streik in der anhaltischen Metallindustrie. Die Urabstimmung in der anhaltischen Metallindustrie ergab nach den bisher vorliegenden Nachrichten keine Dreiermehrheit für den Streik, der dadurch vermieden wird.

Berlin. Ein nettes Schwein. Ein 7-jähriger schweres Schwein wurde hier an einen hiesigen Fleischermeister für das nette Sämmchen von 12000 Mk. verkauft. In Friedebach kaufte man sich für dieselbe Summe ein kleines Wollschaf.

Sport.

Deutsche Sport-Ausstellung 1922. Wie uns vom Reichsausschuß für Leibesübungen mitgeteilt wird, veranstaltet dieser gemeinschaftlich mit dem Reichsverband für Judo und Prüfung deutschen Halblutes zur Zeit der deutschen Kampfsport eine großangelegte Sportausstellung. Die von langer Hand vorbereitete Ausstellung soll in der Zeit vom 15. Juni bis 2. Juli 1922 in der großen Automobil-Ausstellungshalle am Kaiserpark in Berlin, also in der unmittelbaren Nähe der Stätte der deutschen Kampfsport, dem Stadion, stattfinden und wird einen umfassenden Überblick über die Leistungsfähigkeit aller für die verschiedensten Gebiete des Sportes, so wie Turnen, Wandern, Reiten, Fahren usw. tätigen deutschen Industrieangehörigen bieten. Betragen von dem Reichsausschuß für Leibesübungen, der zusammenfassenden Organisation aller sporttreibenden Verbände des deutschen Reiches, und dem Reichsverband für Judo und Prüfung deutschen Halblutes, dem Spitzverbande für Reiten, Fahren und Turniersport und Judo des edlen Halblutes, wird die Ausstellung einen vollkommenen Überblick über die Bedeutung des deutschen Sportes und der gesamten Sportindustrie geben und ein Beweis für die Entwicklung nach dem Kriege sein, die Deutschland in die vorderste Linie aller sporttreibenden Völker stellt. Das Bureau der Ausstellung befindet sich in den Geschäftsräumen des Reichsausschusses für Leibesübungen, Berlin W 33, Kurfürststraße 48, 3. Etage.

Eingekandt.

Für die unter dieser Rubrik veröffentlichten Zuschriften des Publikums übernimmt die Schriftleitung nur die prägedruckte Verantwortlichkeit.

Befragte Mutter.

Von der Mutter eines die Blasewitzer Schule besuchenden Mädchens wurde mir folgendes Vorkommnis mitgeteilt: Am Dienstag, den 2. Februar, als meine Tochter aus der Schule kam, erzählte sie mir, es sei ein anderer Lehrer in die Klasse, in der er keinen Unterricht gibt, gekommen und habe gesagt: „Kinder, seid einmal ruhig. Wer von euch nicht konfirmiert wird, kann zur Jugendweihe in den Ausstellungspalast gehen!“ Ich frage nun: Hat der betreffende Lehrer ein Recht, in dieser Weise in der Schule für die religionslose und rein parteipolitische Erziehung der Jugendweihen, die ja nie und nimmer die religiöse Konfirmation erleben können, zu werden? Was sagt die Schulleitung dazu? — Ich bin der Meinung, daß von der Schule und unseren Kindern alles Parteiliche ferngehalten werden muß wenn wir wieder ein einiges, arbeitames und zufriedenes Volk, wie ehemals, werden wollen.

Humoristisches.

Ein Gemütsmensch. Der Gefängnisgeistliche beobachtet einen Schwerverbrecher, der eine Ratte füttert. „Finden Sie im Verkehr mit diesen Tieren einen Trost?“ frage er. — „Ja“ antwortet ihm der Gefangene, und seine Stimme wird ganz weich und zärtlich. „Ich liebe diese Ratte mehr als alles.“ Der Geistliche legt die Hand auf seine Schulter und sagt: „Auch in dem verhöflichsten Verzeu findet sich noch eine gültige Heilung. Wie gewonnen Sie das Tier zu lieb?“ Der Verbrecher erwidert: „Sie hat den Härter gebissen, und zwar tödlich!“ Die neue Ratte. Eine Leipziger Schulklasse kommt auf einem Vebrgange in die Nähe eines der hiesigen Güter. Schon von weitem sieht man die Robygeleibanten der Ställe. „Aun, was könnte denn das wohl sein?“ fragt der Verbrecher. — „Eine Ratte!“ — „Wir wollen leben!“ Sie gehen nahe heran. Da schnattern ihnen am Tore plötzlich viele Gänse entgegen. „O, eine Gänseflocke!“ entfährt es einem Mädchen.

Vericht über die Warenpreise im Reichshandel in der Markthalle Antonaplog zu Dresden am 10. Februar 1922.

Table with multiple columns listing various goods and their prices. Includes categories like Fleisch- und Fleischwaren, Milch- und Milchwaren, Getreide, etc.

Wetterprognose der Sächsischen Landeswettermarie.

Sonnabend, den 11. Februar. Weiteres Nachlassen der Kälte, sonst noch keine Witterungsänderung.

Börsen-Berichte.

Table with columns for Berlin, 9. Februar 1922 (Wirtlich.) and Devisenkurse. Lists exchange rates for various locations like Holland, Schwyz, Wien, etc.

Steckenpferd-Buttermilch-Seife die beste Kinderseife

